



MIA BREUSING

Corona kontrovers I

Umgang der Medien und der Exekutive mit Unsicherheit



**WOCHEN
SCHAU
POLITIK**

Mia Breusing

Corona kontrovers I

Umgang der Medien und der Exekutive mit Unsicherheit

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Im Werk vorhandene Kopiervorlagen dürfen vervielfältigt werden, allerdings nur für jeden Schüler der eigenen Klasse/des eigenen Kurses. Den Copyright-Vermerk haben wir bereits mit eingedruckt. Er darf weder verändert noch entfernt werden. Die Weitergabe von Kopiervorlagen oder Kopien an Kollegen, Eltern oder Schüler anderer Klassen/Kurse ist nicht gestattet. Bitte beachten Sie die Informationen unter www.schulbuchkopie.de. Der Verlag untersagt ausdrücklich das digitale Speichern und Zurverfügungstellen dieses Buches oder einzelner Teile davon im Intranet (das gilt auch für Intranets von Bildungseinrichtungen), per E-Mail, Internet oder sonstigen elektronischen Medien. Kein Verleih. Zuwiderhandlungen werden zivil- und strafrechtlich verfolgt.

© WOCHENSCHAU Verlag,
Dr. Kurt Debus GmbH
Frankfurt/M. 2022

www.wochenschau-verlag.de

Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Titelbild: © Feodora–stock.adobe.com

ISBN 978-3-7344-1433-6

E-Book ISBN 978-3-7344-1434-3 (PDF)

DOI <https://doi.org/10.46499/1778>

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Allgemeine didaktische und methodische Hinweise	7
3. Übersicht über die Unterrichtseinheit	9
4. Die Datenlage in der Krise – wie umgehen mit Unsicherheit und (Vergleichs-)Werten?	9
4.1 Covid-19 – Wie lässt sich das Coronavirus SARS-CoV-2 einordnen?	10
4.2 Statistisches Zahlenwirrwarr – Wie aussagekräftig sind zentrale Daten und Statistiken?	20
5. Medien und Exekutive – verantwortungsvolle Akteure in der Krise?	28
5.1 Medien in der Pandemie – wie berichten in der Krise?	29
5.2 Medien im Ausnahmezustand – Sprachrohr der Exekutive anstatt Vierter Gewalt?	35
5.3 Die Exekutive bei der Bekämpfung des Virus – wie regieren in der Krise?	39
6. Literaturverzeichnis	46

1. Einleitung

Das neuartige Virus SARS-CoV-2 löste im Jahr 2020 eine globale Krise aus. Von China ausgehend verbreitete sich das Virus nahezu über die gesamte Welt und führte zu zahlreichen staatlichen Maßnahmen mit dem Ziel seiner Eindämmung oder gar Auslöschung. Während Unsicherheit, insbesondere in Hinblick auf die Gefährlichkeit des Virus, das Geschehen gerade in den ersten Monaten der Pandemie prägte, dominierte eine umso klarere politische Linie: Nationale *Lockdowns* sowie *Shutdowns* in verschiedenen Abstufungen und zahlreiche bis dato nur in autoritären Systemen vorstellbare Grundrechtseinschränkungen bestimmten das Geschehen in einer Vielzahl von Staaten. Im zumeist globalen Gleichschritt erfolgte unter anderem die temporäre Schließung von Schulen, kulturellen Einrichtungen, Sportclubs, des Einzelhandels, selbst von Grenzen. Auch Ausgangssperren waren ein Mittel, mit dem die Verbreitung des Virus eingedämmt werden sollte. Während einige Staaten wie z. B. Schweden, Florida oder auch Großbritannien (phasenweise) eine liberalere Politik mit differenzierteren Maßnahmen einschlugen, schien Deutschland überwiegend auf eine breitflächige Null-Risiko-Strategie und weniger differenzierte Lösungen zu setzen. Zu groß schien die Angst vor SARS-CoV-2 und seinen Varianten sowie vor einer Überlastung des Gesundheitssystems, vor der auch noch nach über fast zwei Jahren gewarnt wurde (Stand: 1.1.2022). Ebenso lange dauern bereits viele der Grundrechtseinschränkungen in Deutschland an. Hat Schweden, welches ohne *Lockdown* und mit weniger Grundrechtseinschränkungen durch die Krise ging, folglich fahrlässig gehandelt oder aber verantwortungsvoll – auch mit Blick auf die Folgen staatlicher Maßnahmen für Gesellschaft, Gesundheit, Wirtschaft und Politik?

Die Betroffenheit von Ländern variierte stark ebenso wie die Dynamik des Geschehens, die mit viel Unsicherheit einherging. Im Gegensatz zu anderen Ländern blieb in Deutschland noch zu Beginn der Pandemie 2020 die prognostizierte hohe Anzahl von Todesopfern aus. Damit lief hier die Debatte über die getroffenen Maßnahmen langsam an: Hatte die Politik eventuell im Wechselspiel mit den Medien angesichts des Bildes von Militärkonvois und der Berichterstattung aus Bergamo überreagiert?

Bereits einige Monate nach der ersten Welle 2020 lagen Daten vor, die Hinweise auf die Sterblichkeit des Virus gaben. Die Infektionssterblichkeit lag im Herbst 2020 laut Professor Christian Drosten, dem Leiter der Virologie an der Berliner Charité, für Deutschland bei circa 1 Prozent (Rehrmann 2020).

Die Risikoverteilung hierbei war gemäß einer Meta-Studie aus den USA altersabhängig sehr unterschiedlich. Sie stieg mit fortschreitendem Alter stark an:

„Demnach gilt für die Altersgruppe von 35 bis 44 Jahren im Mittel: Eine Corona-Infektion ist in diesem Alter ungefähr so gefährlich wie eine Influenza. Bei der Altersgruppe zwischen 45 und 54 Jahren liege

die Infektionssterblichkeit dann schon höher – bei 0,2 Prozent. Und für die Gruppe von 55 und 64 Jahren beträgt der Wert laut der Studie schon 0,7 Prozent.“
(ebd.)

Eine im Herbst 2020 bei der WHO veröffentlichte Meta-Studie von John Ioannidis, u. a. Professor für Epidemiologie an der Stanford University, bestätigt starke regionale Unterschiede bei der Betroffenheit durch SARS-CoV-2, die vor allem auf den Anteil alter Menschen in der Bevölkerung, aber auch auf andere Faktoren wie die Qualität des Gesundheitswesens zurückzuführen sind. Er stellt in seiner Studie eine Infektionssterblichkeit von im Mittel 0,23 heraus (siehe Ioannidis 2020b).

Der Philosoph und stellvertretende Vorsitzende des deutschen Ethikrates Julian Nida-Rümelin bezeichnete die von Corona ausgehende Gefahr im April 2021 für Menschen unter 50 „statistisch bei weitem geringer als bei einer saisonalen Grippe“ (Schütz 2021b).

Im Unterschied zur Influenza gab es jedoch für die Bürgerinnen und Bürger zu Beginn der Pandemie keine Möglichkeit, sich gegen SARS-CoV-2 impfen zu lassen. Zudem bestand Unsicherheit in Bezug auf richtige Behandlungsmethoden, Immunität sowie Langzeitschäden.

Wie gerechtfertigt waren ausgehend von diesen Informationen somit die Angst in der Bevölkerung und die Reaktionen von Medien und Politik hierauf? Und wie sind diese in Anbetracht des Wissenszuwachses im Laufe der Pandemie zu bewerten?

Während die WHO beispielsweise von *Lockdowns* abriet und diese als *ultima ratio* sah (siehe Pieper 2020), schienen sie in Deutschland lange Zeit nicht an Akzeptanz einzubüßen. Die Frage nach dem richtigen Maß und der Verhältnismäßigkeit der getroffenen Maßnahmen bei der Eindämmung des Virus ist von entscheidender Bedeutung: Nur eine Debatte hierüber kann das ständige Hinterfragen und Ausloten des Spannungsfeldes zwischen Freiheit und Schutz bzw. Sicherheit gewährleisten. Hiermit gehen zudem weitere demokratietheoretische Bewertungen einher.

Die Verhältnismäßigkeitsprüfung (für weitere Informationen siehe Bundeszentrale für politische Bildung 2019) hat eine Rechtsgüterabwägung zum Kern, d. h. eine Kosten-Nutzen-Analyse, welche auf Vorstellungen von Gesellschaft und Demokratie basiert. Bei dieser werden die potentiellen Schäden durch die Maßnahmen den Schäden gegenübergestellt, die ohne die Maßnahmen aufgetreten wären. In den drei Bänden handelt es sich primär um eine nicht-juristische und subjektive Verwendung des Begriffs „Verhältnismäßigkeit“, die nicht dazu dient – Verwaltungsgerichten gleich –, einzelne Maßnahmen zu bewerten, sondern die Geschehnisse in einer Gesamtschau in ihrer Verhältnismäßigkeit zu beurteilen. Um dies verwirklichen zu können, ist eine Einordnung der Ereignisse, ein „ins Verhältnis setzen“, unerlässlich.